

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Jetzt Umweltrechts-Novelle schnell umsetzen

*Zu dem Ergebnis des Koalitionsausschusses im Bereich Umweltgesetzgebung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber**:*

Spät, aber nicht zu spät, haben CDU und CSU akzeptiert, dass Deutschland eine bundesweite Neuregelung bei Naturschutzrecht, Wasserrecht und Strahlenschutzrecht braucht, damit es nicht zu einer ökologisch und ökonomisch verheerenden Kleinstaaterei im Umweltrecht unseres Landes kommt. Durch das lange Zögern herrscht jetzt höchste Zeitnot, die Disziplin in den Beratungen aller Beteiligten verlangt.

Die Einzelgesetze sind zwischen SPD und CDU/CSU auf Kabinettssebene ausverhandelt. Daher wird die SPD auch im parlamentarischen Verfahren keine Abstriche an dem darin geregelten Schutz von Gesundheit und Umwelt zulassen. Im Gegenteil: Faktisch wäre an mehreren Punkten moderne und weitreichendere Regelungen notwendig, die aber wohl mit CDU und CSU nicht zu machen sind.

Eine Schwächung für Wirtschaft und Umwelt in Deutschland bleibt der Verzicht auf die integrierte Vorhabengenehmigung im Umweltrecht. Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart, haben CSU und CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder dieses Vorhaben, dass neben der SPD auch alle Landesumweltminister der CDU, alle Umweltverbände und zahlreiche Wirtschaftsverbände unterstützen, scheitern lassen. Mit einer integrierten Vorhabengenehmigung wären vor allem Klein- und Mittelunternehmen Bürokratiekosten bei Genehmigungen erspart geblieben, wie der Normenkontrollrat der Bundesregierung nachgewiesen hat. Dieser mögliche wirtschaftliche Vorteil ist dem Possenspiel der CSU geopfert worden.